

Eingang:	Antrag auf Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch, Neuntes Buch (SGB IX) Leistungen der Eingliederungshilfe für volljährige Personen	Aktenzeichen:
-----------------	--	----------------------

Ausfüllhinweise: Bitte alle Fragen wahrheitsgemäß beantworten, ggfs. Streichen/entfällt eintragen

Antrag auf folgende Leistung(en):	
Wurde die oben beantragte Leistung bereits von einem anderen Träger bewilligt oder abgelehnt? ☐ nein ☐ ja, erhalten (wann/wo – bitte Nachweise beifügen)	
Oder Wurde diese Leistung bereits bei einem anderen Träger beantragt? ☐ nein ☐ ja, beantragt (wann/wo)	
Oder Haben Sie bereits in der Vergangenheit andere Leistungen der Eingliederungshilfe bezogen? ☐ nein ☐ ja (wann/wo/welche Leistung – wenn möglich bitte Nachweise vorlegen)	
Persönliche Verhältnisse	
Familienname, Vorname	
Geburtsname	
Geburtsdatum und Ort	
Geschlecht	
Staatsangehörigkeit	
Familienstand	☐ ledig ☐ verheiratet ☐ geschieden ☐ getrennt lebend ☐ verwitwet ☐ _____ Seit: _____
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	



Erreichbarkeit	Festnetz: _____ Mobil: _____ E-Mail: _____ Fax: _____
Haben Sie sich in den letzten zwei Monaten vor der Antragstellung unter der oben genannten Adresse aufgehalten?	☐ ja ☐ nein, unter folgender Anschrift: _____ _____
Steueridentifikationsnummer	
1. Personen, die mit in Ihrem Haushalt leben: - Nicht getrenntlebende Ehe- bzw. Lebenspartner/-in - Partner in eheähnlicher Gemeinschaft - Unterhaltsberechtigzte Kinder	☐ nein ☐ ja, Herr Frau _____ ☐ nein ☐ ja, Herr Frau _____ ☐ nein ☐ ja, Name/Alter _____ _____ _____ _____
Ihre Bankdaten Kontoinhaber: Institut: IBAN: BIC:	_____ _____ _____ _____



Für ausländische Staatsangehörige	
Wie ist Ihr aufenthaltsrechtlicher Status? (Aufenthaltsgenehmigung, Duldung, Niederlassungserlaubnis, Freizügigkeitsbescheinigung)	(Bitte Nachweise der Ausländerstelle vorlegen)
Wann/warum sind Sie nach Deutschland eingereist?	Datum der Einreise: _____ Grund der Einreise: _____ _____
Wer hat Sie eingeladen und für Sie gebürgt? Familiennamen, Vorname Straße Hausnummer PLZ, Ort	_____ _____ _____
Ist eine Rückkehr ins Heimatland beabsichtigt?	☐ ja, voraussichtlich _____ ☐ nein
Angaben zur Betreuung	
Haben Sie eine Betreuer/in, einen Beistand oder eine Bevollmächtigte/einen Bevollmächtigten?	☐ nein ☐ ja, bitte Betreuerausweis bzw. Vollmacht beifügen
Kranken- und Pflegeversicherung	
Wo sind Sie versichert? Versicherungsnummer	_____ _____ _____
Wie sind Sie versichert?	☐ pflichtversichert ☐ freiwillig ☐ privat ☐ familienversichert über: _____ ☐ Es besteht eine Zusatzversicherung bei: _____

Angaben zur Behinderung



Bestehen vertragliche oder gesetzliche Ansprüche gegenüber Dritten? (z.B. Erstattungsansprüche gegen eine Haftpflichtversicherung)	☐ nein ☐ ja, in Höhe von _____ €/monatlich bzw. Abfindung von _____ € gegen Name, Anschrift, Aktenzeichen _____ _____ _____ (Bitte Nachweise vorlegen)
Werden derzeit vertragliche oder gesetzliche Ansprüche gegenüber Dritten geltende gemacht? (z.B. Erstattungsansprüche gegen eine Haftpflichtversicherung)	☐ nein ☐ ja gegen Name, Anschrift, Aktenzeichen _____ _____ _____ (Bitte Nachweise vorlegen)

Angaben zu Bedarfen für Unterkunft und Heizung in besonderen Wohnformen

Wohnen Sie in einer besonderen Wohnform mit Betreuung über Tag und Nacht?	☐ nein ☐ ja, bitte legen Sie Ihren Wohn- und Betreuungsvertrag vor
--	--

**Erklärung:**

1. Ich versichere, dass die in dem vorstehenden Antragsbogen von mir gemachten Angaben in allen Punkten der Wahrheit entsprechen. Mir ist bekannt, dass falsche Angaben sowie das Verschweigen von Änderungen in den Familienverhältnissen (Sterbefälle, Wegzug aus dem Haushalt usw.) oder das Verschweigen irgendeines Einkommens oder Vermögens auch meiner Familienangehörigen, die sofortige Entziehung der Eingliederungshilfe, die Rückzahlung der zu Unrecht bezogenen Leistungen und die Strafverfolgung wegen Betruges bzw. Betrugsversuches zur Folge haben kann. Ich weiß, dass ich nach § 60 Sozialgesetzbuch - Allgemeiner Teil - jede Änderung der Familien-, Einkommens- und Vermögensverhältnisse unaufgefordert und unverzüglich dem Träger der Eingliederungshilfe mitteilen muss solange mir oder meinen anspruchsberechtigten Angehörigen Leistungen der Eingliederungshilfe gezahlt wird. Ebenso bin ich verpflichtet, jeden Wohnungswechsel dem Träger der Eingliederungshilfe, soweit möglich, vorher zu melden.
2. Die Hinweise zum Datenschutz für Leistungsberechtigte nach dem SGB IX gem. Art. 13 und 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) wurden mir /uns ausgehändigt.

Ort, Datum

Unterschrift (Antragsteller)

Ort, Datum

ggf. Unterschrift des ges. Betreuer/Bevollmächtigter)

Anlage 1 Einkommen und Vermögen

Einkommen				
Art des Einkommens	Antragstellende Person		Ehepartner/-in, Lebenspartner/-in, Partner/-in in eheähnlicher oder lebenspartnerschaftsähnlicher Gemeinschaft	
Verfügten Sie im Vorvorjahr über einkommenssteuerpflichtige Einkünfte?	Bitte den Steuerbescheid des Vorvorjahres vorlegen			
- Aus Land- und Forstwirtschaft	☐ ja	☐ nein	☐ ja	☐ nein
- Aus Gewerbebetrieb	☐ ja	☐ nein	☐ ja	☐ nein
- Aus selbstständiger Arbeit	☐ ja	☐ nein	☐ ja	☐ nein
- Aus nichtselbstständiger Arbeit	☐ ja	☐ nein	☐ ja	☐ nein
- Aus Kapitalvermögen	☐ ja	☐ nein	☐ ja	☐ nein
- Aus Vermietung/Verpachtung	☐ ja	☐ nein	☐ ja	☐ nein
- Aus sonstigen Einkünften	☐ ja	☐ nein	☐ ja	☐ nein
Verfügten Sie im Vorvorjahr über Renteneinkünfte?	☐ ja ☐ nein Bitte legen sie Nachweise zur Bruttorente des Vorvorjahres vor.			
Weichen Ihre aktuellen Einkünfte erheblich von den Einkünften des Vorvorjahres ab?	Bitte legen Sie auch Ihre aktuellen Einkommensnachweise vor			
(z.B. Aufnahme/Beendigung einer Erwerbstätigkeit/Änderung des Stundenumfangs, Renteneintritt)	☐ ja	☐ nein	☐ ja	☐ nein
Beziehen Sie derzeit Leistungen zum Lebensunterhalt?	Bitte entsprechende Nachweise vorlegen			
- Nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII)	☐ ja	☐ nein	☐ ja	☐ nein
- Nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II)	☐ ja	☐ nein	☐ ja	☐ nein
- Nach §27a Bundesversorgungsgesetz (BVerG)	☐ ja	☐ nein	☐ ja	☐ nein



Vermögen		
1. Es sind sämtliche Vermögenswerte, auch geringfügige oder im Ausland befindliche anzugeben. Die untenstehende Aufzählung ist nicht abschließend 2. Bitte legen Sie Ihre Vermögensnachweise vor. (z.B. Sparbücher, Kontoauszüge, Versicherungsscheine, Kraftfahrzeugscheine)		
Bargeld	☐ ja	☐ nein
Girokonten	☐ ja	☐ nein
Sparguthaben	☐ ja	☐ nein
Bausparverträge	☐ ja	☐ nein
Wertpapiere, Aktien, Depotkonten oder Fonds	☐ ja	☐ nein
Lebensversicherungen	☐ ja	☐ nein
Sterbeversicherungen oder Bestattungsvorsorgeverträge	☐ ja	☐ nein
Haus- und Wohneigentum (auch im Ausland)	☐ ja	☐ nein
Sonstiger Grundbesitz (auch im Ausland)	☐ ja	☐ nein
Kraftfahrzeuge	☐ ja	☐ nein
Private Altersvorsorge (z.B. Riester-Rente)	☐ ja	☐ nein
Ansprüche aus Übertragungsverträgen (z.B. Wohn-, Altenrecht, Nießbrauch)	☐ ja	☐ nein
Sonstiges Vermögen	☐ ja	☐ nein
Haben Sie Vermögenswerte (sowohl Sparvermögen als auch Haus- und Grundbesitz) in den letzten 10 Jahren veräußert, übergeben oder verschenkt?		
☐ ja	Welche: _____ _____ _____ An wen: _____	☐ nein

Hinweise zum Datenschutz für Leistungsberechtigte nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) gem. Art. 13 und 14 Datenschutzgrundverordnung

1.) Verantwortlicher der Datenerhebung

Die Stadt Göttingen, vertreten durch die Oberbürgermeisterin Petra Broistedt, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen, (Tel.: 0551/400-0, E-Mail: stadt@goettingen.de), als vom Landkreis Göttingen für die Aufgabenerfüllung nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) herangezogene Gemeinde, ist verantwortlich für die Verarbeitung Ihrer Daten.

2.) Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Datenschutzbeauftragte/r der Stadt Göttingen
c/o Kommunale Dienste Göttingen (KDG)
Paulinerstraße14
37073 Göttingen
Tel.: 0551/384-4129
E-Mail: DSB@goettingen.de

3.) Gesetzliche Grundlagen der Datenverarbeitungen

Gesetzliche Grundlagen für diese Datenverarbeitungen sind insbesondere die Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO i. V.m. §§ 67 ff. SGB X, SGB IX, SGB XII sowie weitere spezialgesetzliche Regelungen. Die Mitwirkungspflicht bei der Beantragung von Sozialleistungen wird in § 60 SGB I geregelt.

Darüber hinaus ist gem. Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eine Datenerhebung im Rahmen der Beantragung von Leistungen der Eingliederungshilfe auch zulässig, wenn die von der Datenerhebung betroffene Person ihre Einwilligung erteilt hat.

4.) Verarbeitungszweck

Die Stadt Göttingen, als für die zur Aufgabenerfüllung nach dem SGB IX herangezogene Kommune, verarbeitet personenbezogene Daten zum Zweck der gesetzlichen Aufgabenerfüllung nach den Vorgaben gesetzlicher Regelungen. Die Stadt Göttingen ist bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen zur Gewährung von Geld-, Sach- und Dienstleistungen verpflichtet. Hierzu zählen insbesondere Leistungen zur Beratung, zur Sicherung des Lebensunterhalts und ggf. zur Beendigung oder Verringerung der Hilfebedürftigkeit. Personenbezogene Daten werden auch bei der Durchführung von Erstattungsansprüchen anderer Leistungsträger oder anderer Stellen, der Geltendmachung von gesetzlichen Anspruchsübergängen, der Bekämpfung von Leistungsmissbrauch, dem Forderungseinzug und zur Erfüllung gesetzlicher Mitteilungspflichten verarbeitet; ferner zur Erstellung von Statistiken und Kennzahlen sowie zur laufenden Berichterstattung und der Wirkungsforschung. Neben bestehenden gesetzlichen Mitteilungspflichten, werden die Daten auch zum Zweck der Überprüfung des Landkreises Göttingen als Sozialhilfeträger auf korrekte und wirtschaftliche Leistungserbringung, sowie zur Durchführung des automatisierten Datenabgleichs verarbeitet.

5.) Kategorien personenbezogener Daten

Nachfolgende Kategorien personenbezogener Daten werden durch die Stadt Göttingen, als zur Aufgabenerfüllung herangezogene Kommune der vorgenannten Aufgaben insbesondere verarbeitet:



a) Grunddaten inkl. Kontaktdaten

Hierzu gehören insbesondere:

Kundennummer (Aktenzeichen), Name, Vorname, Geburtsname, Geburtsdatum, Geburtsort, Geschlecht, Anschrift, Telefonnummer, Faxnummer, E-Mail-Adresse, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus sowie Einreisestatus, Krankenversicherungsnummer, Steueridentifikationsnummer, Bankverbindung.

b) Daten zur Leistungsgewährung

Hierzu gehören insbesondere:

Einkommensnachweise, Vermögensnachweise, Leistungszeitraum, Leistungshöhe, Leistungsart, Unterkunfts- und Heizkosten, Regressansprüchen, Daten zu Bevollmächtigten-/Betreuungsverhältnissen, Daten zur Kranken-/ Renten-/ Pflegeversicherung, Daten zu Pflegebedürftigkeit und Behinderung

c) Gesundheitsdaten

Hierzu gehören insbesondere:

Begutachtungen oder Stellungnahmen durch das Gesundheitsamt oder durch den medizinischen Dienst- der Deutschen Rentenversicherung, der Krankenversicherung sowie durch Fachärzte.

6.) Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Die o.g. Datenkategorien können zum Zweck der gesetzlichen Aufgabenerledigung gem.

§§68 bis 77 SGB X an Dritte übermittelt werden.

Hierzu gehören beispielsweise:

Sozialleistungsträger z.B. Bundesagentur für Arbeit, Jobcenter, Krankenversicherung, Deutsche Rentenversicherung, Wohngeldstelle, Finanzämter, Zollbehörden, Strafverfolgungsbehörden und Behörden der Gefahrenabwehr, Gerichte, andere kommunale Fachbereiche, Kfz-Zulassungsstelle, Einwohnermeldebehörden, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bundeszentralamt für Steuern, Bundesrechnungshof, Gesundheitsamt, Schulen nur mit gesonderter Einwilligung.

7.) Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Ihre Daten werden solange gespeichert, wie es zur Bearbeitung der Leistungsgewährung nach den vorgenannten Sozialgesetzbüchern und Spezialgesetzen, bzw. für sachliche und rechtliche Erwägungsgründe erforderlich ist. Für Unterlagen der Eingliederungshilfe besteht eine Aufbewahrungsfrist von 10 Jahren.

8.) Datenquellen

Die Stadt Göttingen, als zur Aufgabenerfüllung herangezogene Gemeinde, darf unter Beachtung der gesetzlichen Voraussetzungen (Art. 14 DSGVO i. V. m. § 67a SGB X) personenbezogene Daten auch bei anderen Personen oder öffentlichen oder nichtöffentlichen Stellen erheben. Dies können beispielsweise andere Sozialleistungsträger (z.B. Bundesagentur für Arbeit, Krankenversicherung, Deutsche Rentenversicherung etc.), Arbeitgeber, Ausbildungsbetriebe, Maßnahme- / Bildungsträger, andere kommunale Fachbereiche, Gesundheitsamt, Melderegister, Grundbuchämter etc. sein. Unter Beachtung der gesetzlichen Voraussetzungen können auch Daten aus öffentlichen Quellen, wie dem Internet oder dem Handelsregister erhoben werden.

9.) Ihre Rechte

a) Recht auf Auskunft

Sie haben das Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person verarbeiteten Sozialdaten (Art 15 DSGVO i. V. m. Art 83 SGB X). Hierzu ist ein Antrag auf Auskunft zu stellen, in dem die Sozialdaten, über die Auskunft erteilt werden soll, näher zu bezeichnen sind (Art. 15 DSGVO i. V. m. § 83 Abs. 2 SGB X).

b) Recht auf Berichtigung bzw. Vervollständigung

Sie haben das Recht auf Berichtigung Ihrer verarbeiteten personenbezogenen Daten, sofern Ihre Daten unrichtig sind, bzw. ein Recht auf Vervollständigung, sofern die verarbeiteten Daten unvollständig sein sollten (Art. 16 DSGVO i. V. m. § 84 Abs. 2 SGB X).

c) Recht auf Löschung

Sie haben das Recht auf Löschung Ihrer Daten, sofern die Verarbeitung der Daten nicht mehr zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist (Art. 17 DSGVO i. V. m. § 84 Abs. 1 SGB X) oder satzungsmäßige bzw. vertragliche Aufbewahrungsfristen dem entgegenstehen (Art. 17 DSGVO i. V. m. § 84 Abs. 4 SGB X). An die Stelle einer Löschung der Daten tritt eine Einschränkung der Verarbeitung der Daten, wenn die Stadt Göttingen, als zur Aufgabenerfüllung nach dem SGB IX herangezogene Gemeinde, Grund zu der Annahme hat, dass durch die Löschung Ihre schutzwürdigen Interessen beeinträchtigt werden (Art. 17 DSGVO i. V. m. § 84 Abs. 3 SGB X).

d) Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Sie haben das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung der Daten (Art. 18 DSGVO i. V. m. § 84 SGB X). Bei einer Einschränkung der Verarbeitung dürfen Ihre personenbezogenen Daten, abgesehen von der Speicherung, nur mit Ihrer Einwilligung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen verarbeitet werden.

e) Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer Daten einzulegen (Art. 21 DSGVO i. V. m. § 84 Abs. 5 SGB X). Dieses Recht besteht gegenüber einer öffentlichen Stelle (hier: der Stadt Göttingen als Erbringer der vorgenannten Leistungen) nicht, soweit an der Verarbeitung ein öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt oder eine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung von Sozialdaten verpflichtet.

f) Beschwerderecht

Sie haben gem. Art. 77 DSGVO i. V. m. § 81 SGB X das Recht sich an die nach Landesrecht für die Kontrolle des Datenschutzes zuständige Stelle zu wenden, wenn sie der Ansicht sind, bei der Verarbeitung von Sozialdaten nach dem Sozialgesetzbuch X in Ihren Rechten verletzt zu sein. Wenden Sie sich hierzu bitte an:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen

Prinzenstraße 5

30159 Hannover

Telefon: 0511-120 4500

Fax: 0511-120 4599

E-Mail: poststelle@lfd.niedersachsen.de